Hauni Klim-Bim

Nr. 4 Dez 69

23.12.1969

MACHT HOCH DIE TÜR, DIE TOR MACHT WEIT

ES KOMMT DER HERR DER HERRLICHKEIT

alles wird teurer

Jetzt nach der heißesten Konjunkturentwicklung der Nachkreigszeit stehen wir in der stärksten Preisanstiegswelle der Nachkriegszeit. Der Gesamtverband des LEH (Lebensmitteleinzelhandel) kündigt für das Frühjahr 1970 nochmals einen Anstieg der Lebenshaltungskosten um 10 bis 15% an. Besonders betroffen ist das Sortiment der Fleisch- und Wurstwaren. In München sind bereits in den letzten Wochen Fleischpreise um 20% gestiegen. Fachleute errechnen bis 1975 eine Verteuerung der Mieten um 50%.

Den staunenden Arbeitnehmern erklärt man kurzerhand sie seien selbst schuld an der Preisentwicklung, man hätte eben keine überhöhten Lohnforderungen stellen dürfen. Kein Wort von raketenhaft gestiegenen Unternehmerprofiten die in der Nachkriegszeit ohne Beispiel sind. Profitgier umschreiben die Industriellen gern als "Allgemeinwohl". Gefährdet ist dieses Allgemeinwohl immer dann, wenn die Arbeitnehmer ihren gerechten Anteil fordern. In unserem Wirtschaftssystem verläuft die Konjunktur in Form einer Wellenlinie, "zyklisch" wie die Unternehmer sagen. Befinden wir uns in der "Talsohle" so wird den Gewerkschaften gesagt, sie sollen durch Lohnforderungen nicht den Aufschwung gefährden.

Schwellen dann in der Aufstiegsphase die Profite in schwindelerregende Höhen, werden Lohnforderungen als Alibi für überhöhte Preise benutzt. Gewinne dürfen nicht angetastet werden! Das Unternehmen muß doch "rentabel" arbeiten. Überhöhte Preise sind ein entscheidender Faktor der bewirkt, daß die Nachfrage zurückgeht und die Konjunktur sich abschwächt.

Resultat: Lohnausfall, Feierschichten, Anstieg der Arbeitslosenziffer, Forgall des Weihnachtsgeldes und anderer betrieblicher Sozialleistungen.

Niemand streitet ab, daß in den letzten 25 Jahren das Realeinkommen gestiegen ist. Allerdings sind die Unternehmerprofite in ganz anderen Größenordnungen gestiegen. Entscheiden für eine gerechte Verteilung des Volksvermögens ist ein gleichmäßiger Anstieg des Realeinkommens für <u>alle</u> am Arbeitsprozeß Beteiligten.

Im Kapitalismus muß diese Forderung jedoch ein frommer Wunsch bleiben. Er funktioniert nämlich nur solange, solange man den Kapitalisten Profite garantiert. Profite kommen nur zustande, wenn man dem arbeitenden Teil der Bevölkerung den Wert ihrer Arbeit nicht voll auszahlt, wenn man sie also ausbeutet. Mag ihr Lohn im Verlaufe der Jahre noch so sehr steigen, sie bleiben ausgebeutet, wenn sich eine Minderheit an der Arbeit der Lohnabhängigen bereichert.

Es ist an der Zeit, den Kapitalismus durch eine andere Wirtschaftsform zu ersetzen.

Die Initiative der Hauni-Werke

Gesellschafts-
politische
Wegbereitung
im
Unternehmen ?

Volksverdummung ....

Seine Initiativen ,seit Jahren von der Unternehmerpresse lauthals gefeiert, (Springer und bz) sind auch jetzt wieder über die Grenzen Bergedorfs hinaus bekannt geworden. Man muß eben etwas unternehmen, um berühmt zu werden.
Diesmal wurde Körber wegen seiner Absichten gelobt, eine ganz neue " Demokratie" in seinem Betrieb einzuführen .
Die Belegschaft wurde zu einer außerordentlichen Betriebsversammlung eingeladen,in der ihr die " neuen Pläne" des Betriebsdemokraten Körber erläutert wurden.
Dazu bekam jeder Betriebsangehörige eine "revolutionäre" Schrift ,in der man nachlesen kann, was sich ein Genie so ausdenkt ,wenns gerade nichts zu tun hat.

Neben den altbekannten Thesen von richtungsweisender Betriebspolitik,freiheitlicher Gesellschaftsordnung, Kooperation aller,vom Pförtner bis zum Boss, von "echter" Mitbestimmung,die auch die Pflichten der Arbeiter einschließt,von gesellschaftlichen Aufgaben und Ausgaben, gemeint sind heir wohl die Hobbies des Herrn Körber, werden vor allem drei Gesichtspunkte angesprochen :

1. STIFTUNG

Nach dem Ableben des Herrn Körber tritt an seine Stelle die von ihm gegründete Hauni GmbH. Ihr Gesellschaftskapital geht an eine Hauni-Stiftung über.

Herr Körber nennt diese Machenschaften zurecht " ein etwas kompliziertes Verfahren "

Kompliziert wohl, weil sicher noch eine ganze Reihe von Fragen ungeklärt bleiben.

Geht das gesamte Kapital (wie hoch ist es denn) der Hauni-Werke und des Herrn Körber an die Stiftung über ?

Welche Leute sitzen in den Entscheidungsgremien einer solchen Stiftung ?

Sind vielleicht wengistens ein paar Arbeiter dabei ?
Schließlich sind ja die Betriebsangehörigen daran interessiert, was mit ihren Geldern geschieht. Hat Herr Körber sie eigentlich gefragt, ob diese Entscheidungen von allen gutgeheißen werden?

Die Stifung soll Gewinne der Hauni-Werke für die freie Basis-Forschung verwenden. Wenn diese Gelder irgendwo verwendet werden, so müssen diejenigen darüber entscheiden, die sie erarbeitet haben. Davon scheint Herr Körber allerdings weniger zu halten.

Bei ihm müssen immer gigantische Männer an der Spitze eines Unternehmens stehen. Sie sollen freie Bahn haben. Es sollen die tüchtigsten sein. Woher weiß Herr Körber eigentlich ob er der Tüchtigste in seinem Betrieb ist? Weil er oben sitzt? Woher nimmt er sich das Recht, heute noch nach dem Führerprinzip zu regieren?

Dieses Führerprinzip hat rein gar nichts mit Demokratie zu tun.

Sein Nachfolger soll von einem Gremium gewäjlt werden. Schon spricht Körber von Demokratie. Die Tatsache, daß gewählt wird, entscheidet noch nicht über demokratische Verhältnisse. Auch einige Kaiser des Mittelalters wurden gewählt. Auch in Preußen gab es das Dreiklassenwahlrecht, d.h., die Besitzenden und Großkapitalisten hatten mehr Stimmen als die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung.

Genauso bei den Hauniwerken: 17 Männer dürfen einen Nachfolger wählen, davon sind nur 2 aus der Arbeiterschaft, nur 1 aus dem Betriebsrat.

2. Stufenselektion

Die Verdummung findet ihren Höhepunkt in der sog. Stufenselektion. Der Belegschaft wird vorgegaukelt, sie hätte irgendeinen Einfluß bei der Auswahl ihrer Vorgesetzten. Wenn man aber die Vorstellungen des Herrn Körber genauer betrachtet, fallen die plumpen Tricks sofort auf:

Jeder Vorgesetzte wird zunächst von der Geschäftsleitung, also von oben, vorgeschlagen. Wenn dieBelegschaft ihn ablehnt, schlägt wiederum die Geschäftsleitung einen neuen Kandidaten vor usw. usw. Die Arbeiter haben kein Vorschlagsrecht. Wer jetzt schon in Amt und Würden ist bedarf keiner Bestätigung mehr, egal, ob er den Arbeitern gefällt oder nicht. Einmal bestätigte Vorgesetzte können innerhalb ihrer Stufe jederzeit ohne weitere Bestätigung versetzt werden. Man braucht also als zukünftiger Vorgesetzter vor der Bestätigung nur ein wenig nett zu sein, um sich hinterher wieder so zu geben, wie es für Vorgesetzte üblich ist.

Auch die beiden Stimmen des Betriebsrates aus den unteren Stufen spielen keine Rolle. Sie bleiben immer in der Minderzahl.

Das ganze System ist für den Unternehmer abgesichert. Es bietet dem Arbeiter absolut keine Möglichkeiten, eine Mitbestimmung zu praktizieren. Es soll ihm nur Sand in die Augenstreuen. Es soll ihm nur das Gefühl geben, irgendwo entscheiden zu dürfen.

Im Grunde genommen ist es eine Unverschämtheit, solche billigen Methoden als Betriebsdemokratie auszugeben, aber Herr Körber hat ja nicht umsonst seinen Ehrendoktor vom Unternehmerinstitut der Nürnberger Universität bekommen. Industriepädagogik nennen es die Unternehmer, Verdummung wäre der bessere Ausdruck.

3. Erfolgsbeteiligung

Im letzten Kapitel der Körberschen Schrift kommt endlich ein Punkt, der von einigem Interesse ist. Wir sind Arbeitnehmer. Uns interessieren die Marotten der Unternehmer nicht besonders, uns interessiert nur was dabei für uns herausspringt. Das mag Herr Körber

für materialistisch halten, aber er soll sich an seine eigene Nase fassen. Er legt sein Kapital nur dort an, wo etwas dabei herauskommt.

Die Kritik an Herrn Körber wird nicht nur der Kritik wegen geäußert. Ob Herr Körber morgens Seispringt oder abends malt, ist für uns ohne Bedeutung. Was Herr Körber allerdings mit den Geldern der Hauni-Werke betreibt und welche Methoden er sich ausdenkt, die Belegschaft zu umgarnen, ist schon wert, kommentiert zu werden.

Nun ist Herr Körber endlich von seinem Standpunkt abgerückt, keine Gewinne an die Belegschaft auszuschütten. Ende 1970 soll es eine Erfolgsbeteiligung geben, und zwar 20% von dem verbleibenden Betriebserfolg. Prozent heißt von Hundert. Wieviel Hunderter verbleiben bestimmt die Führung. Da wird vorher noch eine ganze Menge abgezogen:
Investitionen, Rücklagen, Verzinsung mit Kapitalrisikoprämie usw. usw.

Gewinne aus außerbetrieblichen Kapitalanlagen werden überhaupt nicht berücksichtigt, obwohl auch sie von Hauni-Arbeitern erwirtschaftet worden sind. Und wie steht es mit den Gewinnen aus den Patenten?

Die Betriebsführung entscheidet ganz allein über die Höhe der Gewinnausschüttung und kann daher die Höhe bestimmen wie es ihr gefällt.

Es steht da geschrieben: "Der Erfolg unseres Unternehmens ist das Ergebnis der Zusammenarbeit von Arbeit, Kapital und Unternehmerleistung." (Initiativen)

Wo bleibt die Zusammenarbeit bei derBestimmung der auszuschüttenden Gewinne?

Was heißt Zusammenarbeit von Arbeit, Kapital und Unternehmerleistung?

Das Kapital ist doch das Ergebnis von Arbeit. Oder ist Herrn Körber das Geld vom Himmel heruntergefallen?

Was heißt Unternehmerleistung?

Hat Herr Körber wirklich soviel mehr geschuftet als jeder einzelne Dreher oder Maschinenschlosser?

Naja, hoffentlich gibt es zu Weihnachten 1970 ein bißchen mehr. Diesmal war es ja nicht viel. Natürlich nur, wenn es die Geschäftslage erlaubt. Aber was erlaubt ist bestimmt die Führung. Es lebe die pluralistische Gesellschaftsordnung!

Plural heißt Mehrzahl.

Wir, die arbeitende Bevölkerung, sind in der Mehrzahl.

Sie, die uns führen, sind in der Minderheit.

P.S.: Übrigens, Meister müßte man sein!
Die haben in diesem Jahr 500,-- DM extra bekommen.

Ahrensburger Modell

Herr Körber läßt sich feiern und hat doch nichts anzubieten außer Schaumschlägerei.

Ganz anders der Ahrensburger Fabrikant Carl Backhaus. Er hat aus der Vergangenheit gelernt. Für ihn hört die Demokratie nicht vor dem Werkstor auf. Er praktiziert sie seit Jahren, und die Unternehmerpresse berichtet nur sehr spärlich über das bemerkenswerte Modell.

Sicher hat auch dieses Modell seine Schwächen. Aber wir meinen, daß es so interessant ist, daß wir es in diesem Heft einmal kurz vorstellen wollen; Herr Körber kann sich ja daran ein Beispiel nehmen.

Der Betrieb, der Heftklammern herstellt, hat heute ca. 450 Mitarbeiter. Davon sind bereits jetzt 180 bis 200 "Gesellschafter", d.h., Mitinhaber des Betriebes. Sie besitzen zusammen 90 % des Kapitals, während Herrn Backhaus nur noch 10 % gehören. Er hat auf seine Vormachtstellung verzichtet. Jährlich werden es mehr Gesellschafter. Jeder Mitarbeiter kann nach 5 Jahren Betriebszugehörigkeit Mitinhaber werden (diese Zeit soll jetzt auf 3 Jahre verkürzt werden).

Was springt nun für den einzelnen Arbeiter heraus?

1. Jeder Mitinhaber ist gleichberechtigt am Gewinn beteiligt.
2. Jeder Mitinhaber kann in allen Bereichen des Betriebes voll mitbestimmen.

Zu 1:

Der überwiegende Teil des Betriebsgewinnes wird an die ca. 200 Gesellschafter verteilt. Jeder Gesellschafter muß von seinem Gewinn 60 % als seinen Anteil in den Betrieb investieren, bis er einen Kapitalbetrag von 30.000,-- DM angesammelt hat. Solange bekommt er 40 % als Gewinnausschüttung in bar, danach, wenn er die volle Höhe von 30.000,-- DM Kapitaleinlage erreicht hat, bekommt er den vollen Gewinn von 100 % ausbezahlt.

So kommt es, daß eine ganze Reihe von Arbeitern jedes Jahr zusätzlich zu ihrem Lohn einmal 10.000,-- bis 40.000,-- DM Gewinnausschüttung erhalten. Das bis heute auf ca. 10 Mill. DM gewachsene Betriebskapital gehört zu 90 % den Arbeitern.

Zu 2:

Jeder Gesellschafter kann mit seiner Stimme in der Gesellschafterversammlung über das gesamte Wohl und Wehe des Unternehmens entscheiden.

Die Geschäftsführung bedarf bei entscheidenden Beschlüssen der Zustimmung des Beirates (Umbauten, Vergrößerungen des Betriebes, Anschaffung von Gegenständen, dieim Einzelwert über 20.000,-- DM hinausgehen, Ankauf oder Verkauf von Grundstücken usw.) Der Beirat wird zum Teil von den ca. 200 Gesellschaftern, zum Teil von den Kommanditisten gewählt (Kommanditisten sind Gesellschafter, die nur mit ihrer Einlage haften).

Natürlich hat dieser Ahrensburger Betrieb obendrein einen sehr aktiven Betriebsrat. Mit ihm und mit den Vertretern der IG Metall werden Haustarife ausgehandelt, die weit über dem Durchschnitt liegen. Alle Mitarbeiter des Betriebes, also auch diejenigen, die noch nicht Gesellschafter sind, bekommen zu Weihnachten einen Monatslohn extra und erhalten ebenso nicht geringe Urlaubsgelder.

Die Ausbildung der Lehrlinge ist beispielgebend. Sie werden zu vielen Sonderkursen herangezogen, in denen man sie darauf vorbereitet, ihre späteren Rechte als Mitinhaber wahrnehmen zu können. Alle Kurse, die die Lehrlinge zu ihrem persönlichen Fortkommen belegen, werden von der Firma bezahlt. Außerdem erhalten sie dafür eine Arbeitszeitvergütung.

Dieses Unternehmen ist sicherlich eine Ausnahme.

Der ehemalige Besitzer, Herr Backhaus, ist sicherlich ein Demokrat.

Aber es zeigt, was in unserer Gesellschaft möglich ist.

Herr Körber wird nun wieder mit dem Argument kommen, daß die anderen Arbeitnehmer, besonders diejenigen, die in staatlichen Betrieben arbeiten, nichts davon haben. Das stimmt nicht. Auch Herr Backhaus hat eine Stiftung eingerichtet. Mit dieser Stiftung werden allerdings nicht die Marotten eines Feierabendkünstlers bezahlt, diese Gelder werden dafür ausgegeben, daß sich weitere Demokratisierungsmaßnahmen in unserer Wirtschaft durchsetzen, so daß alle Arbeiter etwas davon haben.

Auch der Ahrensburger Betrieb hat eine gute Stellung auf dem Weltmarkt.

Auch der Ahrensburger Betrieb hat seine Niederlassungen in USA, Mexiko, England, Holland, Frankreich, Italien, Österreich und der Schweiz.

KIEK ENS!
(freiweg nach Kinau)

Kiek ens, wat is de Himmel so rot!
Dat sünd Marx und Engels, de backt dat Brot!
De backt den Wihnachsmann sinen Stuten
för al de lütten Meckersnuten!

gesellschaftlicher fortschritt

Es wird behauptet, in der Bundesrepublik gebe es eine freiheitliche Gesellschaftsordnung. Dieses Ideal der Freiheit wird sehr hoch hehalten, so hoch, daß die Mehrheit der Bevölkerung nicht mit dem, was man frei und Freiheit nennt, in Berührung kommt. Wer frei ist, ist unabhängig. Wer abhängig ist, ist unselbstständig, ist nicht frei. Die Zahl der unselbstständig Erwerbstätigen, der Lohnabhängigen also, ist in der BRD von 68,5% im Jahre 1950 um 12,5% auf 81,0% i Jahre 1968 gestiegen. Interessant ist nun der Nettoanteil dieser Einkommensgruppe am gesamten Einkommen aller, am Volkseinkommen. Dieser Nettoanteil beträgt nicht einmal die Hälfte. Dabei muß man bedenken, daß die amtlichen Statistiken das wirkliche Verhältnis von arm und reich noch beschönigen.
Jeder wird einsehen, daß einem nicht gedient ist, wenn einfach gesagt wird, es sei jemand abhängig. Abhänhig idt der Arme vom Reichen, Armut bedeutet Unfreiheit(das ist in der letzten Nummer der Hauni-Klimbim im Artikel über Eigentum etwas ausführlicher beschrieben worden). Es stimmt, daß das Gesamteinkommen auch der unselbstständig Beschäftigten gestiegen ist. Deshalb sagen viele der Lohnabhängigen, sie seien nicht arm. Armut empfinden sie als Vorwurf, als Schimpfwort. Es wäre ja noch schöner, wenn es den Lohnabhängigen heute schlechter ginge als ihren Vätern und Großvätern. Der technische Fortschritt, die Technische Revolution im 19. Jahrhundert machen es selbstverständlich, daß auch die Lohnabhängigen davon profitieren. Und genauso selbstverständlich ist, daß die Arbeiter und Angestellten stolz darauf sind, weil sie durch ihre Arbeit das alles überhaupt erst möglich gemacht und verwirklicht haben. Denn heute ist aus dem Einspänner des kleinen Mannes der VW geworden und aus dem 16-Spänner des Fürsten der Rolls Royce geworden, aber keiner wird behaupten können, daß sich an den Verhältnissen etwas grundlegendes geändert hätte. Denn Armut kann man erst erkennen im Vergleich zum Reichtum. Und wenn die Reichen, die Mächtigen, die anderen darauf verweisen, daß es doch heute allen viel besser ginge als früher, so wollen sie von der Tatsache ablenken, daß blankpolierte Ketten immer noch Ketten sind. Doch wenn die Reichen und Mächtigen meinen, sie könnten die arbeitende Bevölkerung für dumm verkaufen, dann irren sie sich. Mit Binsenweisheiten soll man uns nicht kommen. Die Arbeiter wissen, daß sich an dem Abstand zwischen arm und reich nichts Wesentliches zu ihrem Gunsten geändert hat. Der Anteil der gesamten Nettolönne und -gehälter am Volkseinkommen ist BRD von 1950 bis 1968 von 46,3 % um 0.2 % auf 46,5 % gestiegen, obwohl die Zahl der Lohnabhängigen im gleichen Zeitraum um 12 % gestiegen ist. Der Abstand ist also größer geworden.

ARBEITSKREIS WIRTSCHAFT UND BETRIEBE
in der APO Bergedorf

Im Arbeitskreis Wirtschaft und Betriebe der APO Bergedorf treffen sich regelmässig Lehrlinge und Jungarbeiter. Es werden dort insbesondere die Probleme der lohnabhängigen Arbeiter und Angestellten diskutiert. Jedermann ist herzlich willkommen.

Donnerstags, 20 Uhr, APO-Räume Kampchaussee 6-8

Das ist nicht weiter verwunderlich. Denn noch jedes Mal haben die Unternehmer es verstanden, die Kosten für Lohnerhöhungen auf den Verbraucher abzuwälzen. Die mühsam erkämpften Lohnerhöhungen sind so lange wirkungslos, wie die Demokratie vor den Fabriktoren haltmachen muß.
Wer bestimmt eigentlich, daß sie dort haltmacht? Natürlich die Unternehmer und deren Interessengruppen sowie das Spitzenmanagement, die alle von der wirtschaftlichen Macht profitieren, die die Arbeiter aufgebaut haben. Allen in diesem Staat ist klar, daß wirtschaftliche Macht politische Macht ist. Es ist auch allen klar, daß Politik nicht nur "große" Politik", also Außenpolitik, sondern vor allem Gesellschaftspolitik ist. Und Gesellschaftspolitik muß die Angelegenheit aller sein, und besonders die Angelegenheit der arbeitenden Bevölkerung und derjenigen, die ein Leben lang hart gearbeitet haben, der Rentner. Denn die Gesellschaftspolitik sollte die Interessen aller, also hauptsächlich die Interessen des sogenannten kleinen Mannes verwirklichen. Hier wird über die Mieten, die Größe und Schönheit der Wohnungen, die ärztliche Versorgung, die Arznei- und Lebensmittelkontrolle, über die Reinhaltung von Luft und Wasser, über Lärmbekämpfung, über die Verkehrsplanung, über Fahrpreise, über Urlaub, über Lebensmittelpreise, überhaupt über alle Preise, über die Sicherheit an Arbeitsplätzen, über die Arbeitszeit, über die Art der Arbeit, über die Bildungschancen und die Ausbildung, über das Einkommen (über das Weihnachtsgeld) entschieden.

„Jetzt hetzt der erbarmungslose Hase schon wieder das arme Hündchen!"

Es wird wohl niemand ernsthaft behaupten wollen, daß in allen diesen Bereichen eine Kontrolle, geschweige denn eine Mitsprache oder gar, was eigentlich selbstverständlich sein müßte, die eigene Entscheidung der Bevölkerung wirksam sei.

Dies können nur diejenigen behaupten, die ein wohlbegründetes Interesse an der Beschönigung dieser unzureichenden Verhältnisse haben, nämlich die Großunternehmer wie Körber, die aufgrund ihrer angeeigneten wirtschaftlichen Macht große Bereiche des öffentlichen Lebens beeinflussen und kontrollieren. Jede Beschränkung des politischen Kampfes auf einen Teil des oben beschriebenen Bereichs muß trotz scheinbarer Erfolge erfolglos bleiben, da z. B. die Erfolge im Lohnkampf durch die wilden Streiks vor den Wahlen wieder durch Erhöhung der Lebenshaltungskosten zunichte gemacht werden. Denn jeder wird im nächsten halben Jahr die bittere Erfahrung machen müssen, daß die Pfeise steigen, "da" ja die Löhne gestiegen sind, (so lautet jedenfalls die faule Begründung der Unternehmer).

Aus diesem Teufelskreis gibt es in unserer Gesellschaft keinen Ausweg, denn die wenigen Reichen und Mächtigen halten die anderen ja in Abhängigkeit. Wenn die Unternehmer von ihrem Gewinn, den die Arbeiter ja erarbeitet haben, etwas abgeben müßten, ohne es wieder über die Preise reinzuholen, dann würden sie weniger investieren, was neben anderen Faktoren meist zu einer Wirtschaftskrise führt.

Der Präsident (bis zum 9. 12. 69) der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbänder S, Balke (CSU) warnte erst am 9. 12. 69 wieder vor "übermäßigen" Lohnforderungen, die, so drohte er, sonst bis Mitte 1970 zu einer Rezession führen würden.
Daß diese selbstverständlich auf Kosten der Arbeiter geht, hat man in der letzten Wirtschaftskrise 1966/67 gesehen. Das Nettoeinkommen der Unternehmer stieg im Jahre 1968 im Vergleich zum Vorjahr um 22 %. Das der Lohnabhängigen um 2,5 %. Was aber entscheidend ist, der Netto-Einkommensanteil dieser Gruppe am Volkseinkommen sank 1968 um 3,6 % im Vergleich zum Vorjahr.

"Wir sitzen alle im gleichen Boot." Dieses Unternehmer-Sprichwort regt an, den Vergleich weiterzuführen. Sicherlich, die Herren handhaben lässig das Steuer, während die Arbeiter rudern, und sich abplacken. Der Unterschied zu dem Galeeren-Sklaven ist nicht sehr groß.
Und für diese Sklaven gibt es nur eine Möglichkeit: Die Ketten müssen sie zerbrechen. Die Kommandegewalt der eigennützigen und unfähigen Steuerleute wird gebrochen, das Steuer wird nach den Interessen der bisher Ausgenutzten gehandhabt. Und alle müssen rudern, und jeder wird abwechselnd steuern, denn das kann man lernen.
Das klingt, wenn man das Beispiel wieder in die Wirklichkeit überträgt, utopisch. Im 19. Jahrhundert war die Mondfahrt eine Utopie. Die Gesellschaft, die eine gerechte und vernünftige sein sollte, war ebenfalls eine Utopie. Heute ist unter ungeheurem finanziellen und organisatorischem Aufwand die wissenschaftlich-technische Utopie Wirklichkeit geworden. Die gesellschaftliche Utopie, deren Verwirklichung die Sozialisten anstreben, liegt im Interesse aller Werktätigen. Ihre Forderung heißt: Vergesellschaftung der Produktionsmittel und Selbstbestimmung.

Quelle: Jörg Huffschmid "Die Politik des Kapitals"
(edition Suhrkamp 313, DM 3,--)

BERGEDORFER GESPRÄCHSKREIS

Zerschlagt den Gesprächskreis zugunsten der öffentlichen Diskussion!

Innerhalbvon genau 10 Monaten versuchte die ApO Bergedorf dreimal die Problematik der nicht öffentlich tagenden Gesprächskreise der Öffentlichkeit und insbesondere der Hauni-Belegschaft zu verdeutlichen.

Am 27.1.1969 veranstaltete die ApO Bergedorf ein go-in in den 32. Bergedorfer Gesprächskreis ("Weltmacht Biologie"), der, wie immer total unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagte. Nach diesem go-in versicherte Körber uns eine öffentliche Diskussion mit einem Thema, das wir uns aus den gesammelten Protokollen des Bergedorfer Gesprächskreises aussuchen sollten. Wir taten es und schlugen am 12.3. d.Js. das Thema vor "Vermögensbildung _ Mitbestimmung - Sozialisierung - Rätedemokratie".
Darauf antwortete Dr. Böhme am 20.5. uns, daß Herr Körber bereit sei, im Oktober oder November d.Js. "zwei oder drei Mitglieder der Bergedorfer ApO in seinem Büro zu einem persönlichen Gespräch zu empfangen". Wir lehnten dankend ab. Uns interessierte und interessiert die öffentliche Diskussion und nicht ein persönliches Gespräch, vielleicht noch bei "einem erlesenen kalten Buffett vom Hotel Stadt Hamburg".
Während Körber auf dem von ihm unterstützten (5 Mio. DM) Motorschiff "Hamburg" in der Weltgeschichte herumgondelte, verhandelten wir mit Vertretern des Gesprächskreises über eine Diskussionsveranstaltung. Das Ergebnis dieser Verhandlung brachte die "Bergedorfer Zeitung" am 28.6.1969: "Bergedorfer Gesprächskreis diskutiert mit der ApO". Danach sollte eine Diskussion im Lichtwarkhaus mit dem von uns vorgeschlagenen Thema stattfinden.

Wenn Körber geglaubt hat, uns ausbooten zu können, so merkte er spätestens am 21.7.1969, als wir zum 33. Gesprächskreis ("Gewalt und Aggressivität in der modernen Industriegesellschaft") wieder unsere Forderung nach öffentlicher Diskussion erhoben, daß er sich getäuscht hat. Wir verteilten damals an die Linken dieses Gesprächskreises Flugblätter,über die der Gesprächskreis lange diskutierte. Sogar das Protokoll des 32. Gesprächskreises sidmet dieser Diskussion immerhin 25 Meldungen.

Körber mußte sich dem Druck von außen, der durch die Solidarisierung von Dr. Preuß, Dr. Seifert und Prof. Gollwitzer verstärkt wurde, beugen. So wurden sich Kurt A. Körber und wir einig: "Diskussion mit der ApO im Oktober" (BZ 26.7.1969). Als Thema war vereinbart worden: "Vermögensbildung - Mitbestimmung (Sozialisierung)".

Körber hatte sich einen "Schachzug" ausgedacht. Er plante, kurz vor dieser öffentlichen Veranstaltung ein"Vermögensbildungsprogramm" in den Hauni-Werken bekanntzugeben.

Wir erfuhren von diesem Plan früh und konnten ihn in der "Hauni Klimbim" vom August veröffentlichen.

Körber war sauer! Die Absicht seines Plans war doch gerade, Propaganda für sich zu machen. Denn einerseits gilt der Plan erst ab 1970, zum anderen kommen bei 1,8 Mill. für die Arbeiter nicht viel heraus.
Das Ergebnis war, daß Körber sein Versprechen brach, das Ergebnis der Verhandlungen verleugnete und schließlich uns verleumdete.

Wieso ist Körber eigentlich sosehr auf die Privatisierung und den Gesprächskreis überhaupt bedacht? Welche Aufgaben und Rollen mißt er ihm zu?
Erstens und das ist das wichtigste: es werden Probleme und Themen diskutiert, die sich für jeden Privatbesitzer an Produktionsmitteln, für jeden Kapitalisten, heute stellen (wie Vermögensbildung, Automatisierung, Preis-Lohn). Die Diskussion solcher Fragen soll Körber die Lösung für die Hauni-Werke zu finden helfen. Denn nur ein reibungsloser Ablauf der Betriebsmaschine gewährleisten ihm den hohen Profit.
Damit hängt zusammen
zweitens, daß Körber ganz groß ins Geschäft der Bildung, d.h. mit der Bildung einsteigt. Durch Finanazierung von Bildungsprojekten erkauft sich Körber das Recht, weitgehend die Lehrinhalte der Bildungsprogramme. So wird ein beträchtlicher Teil der Studenten, die die Bergedorfer Ing.schule besuchen werden, welche z.Zt. mit den rund 6 Mill DM Körbers und den über 20 Mill des Staates gebaut wird, die künftigen Führungskräfte und die Angestellten im Forschungsbereich stellen.
Drittens will Körber mit dem Bergedorfer Gesprächskreis, zu dem er die Prominenz aus Wirtschaft/Wissenschaft/Politik lädt, sich persönlich aufwerten. Dieses Aufpolierens seines Ansehens - ermacht es auch mit anderen Mitteln - soll ihn vor Angriffen bewahren, z.B. weil er ein viel zu geringes Gehalt bei dem 300 Mill-DM-Umsatz der Hauni-Belegschaft zahlt.

Der Bergedorfer Gesprächskreis diskutiert Probleme der Gesellschaft.
Körber schließt die Gesellschaft aus!

Der Bergedorfer Gesprächskreis finanziert sich und die Gäste von den Geldern, die wir Hauni-Werker erarbeiteten.
Körber schließt die Hauni-Belegschaft aus!

Die Kosten nur der drei letzten Gesprächskreise betragen etwa 130 bis 150.000 DM.

KÖRBER SOLL ENDLICH SEIN VERSPRECHEN WAHR MACHEN UND FÜR JEDE "MARK NACH AUSSEN" 2 DM DEN HAUNI ARBEITERN GEBEN!
KÖRBER SOLL ENDLICH SEIN VERSPRECHEN HALTEN UND DIE ÖFFENTLICHKEIT AN DEN GESPRÄCHSKREISEN MIT DISKUTIEREN LASSEN!

Wir sind uns sicher:
es wird der Tag kommen, da muß Kurt A. Körber sich dem Druck beugen und sich zumindest ansatzweise demokratisch verhalten und den Bergedorfer Gesprächskreis öffentlich tagen lassen!
Wir lassen uns nicht beschwatzen und kleinkriegen, seien die Versuche auch noch so gemein!!Körber läßt den BZ-Chefredakteur vv.D.? Blumenthal, für sich in die Bresche springen, welcher dann behauptet:"Sie (die ApO) hat genug Geld zur Hand, um sich aus ihrem von der Stadt gemieteten Domizil an der Kampchaussee in ein eigenes Haus zu verändern" (BZ-Bericht vom 13.12.1969 über Körbers "Räuberpartie").
1.) Die Räume in der Kampchaussee 6/8 sind die Wohnunge von Genossen, die sie für die üblich hohe Miete gemietet haben. Es wohnen dort in den 5 Zimmern 3 Erwachsene und 1 Kind.
2.) Wir haben nicht genung Geld. Unsere Kassenprüfung ist öffentlich!
3.) Wir haben kein eigenes Haus, sondern nur ein ungeheiztes brüchiges Zentrum (Aug.-Bebels-Str. 27) für mehr als 200 DM monatlich!

Die Urheber solche Hetze werden wir zur Verantwortung zu ziehen wissen so wie wir die Öffentlichkeit für den Bergedorfer Gesprächskreis herstellen werden!!

UND FRIEDEN AUF ERDEN ... oder

wie sich der Schriftleiter der "Hauni-Glocken" Johannes Heinke die Ursache von Kriegen vorstellt.

Wieder ist es dem Schriftleiter Heinke gelungen, seine stets konfusen Ideen zu far igem Pa er zu bringen.

Diesmal ist der Leitartikel allerdings neben seiner unverständlichen Sprache (ich möchte einmal wissen, wieviele Arbeiter der Hauni-Werke diesen Artikel zu Ende lesen) obendrein voller Ungereimtheiten und Unverschämtheiten, die wohl nicht mehr allein auf die eigenartige Gedankenwelt unseres Gebrauchsgrafikers zurückzuführen sind.

Wir würden diesen Artikel für sich selbst sprechen lassen, wenn eine allgemein verständliche Sprache es zuließe. Aber Herr Heinke bedient sich einer komplizierten Ausdrucksweise und zieht "Fachleute" hinzu, um seine eigenartigen Vorstellungen an den Mann zu bringen.

Außerdem reizt uns gerade dieser Artikel als ein Musterbeispiel von Unrichtigkeiten, Widersprüchen und Durcheinander, die einem Feierabendphilosophen so einfallen, wenn er dafür bezahlt wird, die Gedankenwelt der Mächtigen und Reichen zu verkaufen.

Deshalb richtet sich unser Beitrag auch nicht gegen den armen Schriftleiter, der, würde er alles schreiben, was er denkt, die längste Zeit Schriftleiter der Werkzeitung wäre, sondern gegen die Gedankenwelt der Besitzenden, die uns seit einigen Jahrhunderten dauernd verdummen.

KOLLEGEN, LEST EUCH DIESEN ARTIKEL DES HERN HEINKE EINMAL AUFMERKSAM DURCH !

Hier sollen nur einige Bemerkungen dazu folgen:

Für Herrn Heinke ist die größte Gefahr für den Frieden: "Die drohende Überbevölkerung".

Ich frage mich, welche Kriege wegen einer Überbevölkerung ausgebrochen sind? Vielleicht der Erste oder Zweite Weltkrieg? Läuft Herr Heinke noch immer der Nazi-Parole "Volk ohne Raum" nach? Wir leben heute in der Bundesrebpublik viel gedrängter zusammen als im Deutschen Reich und können doch auf einen Krieg verzichten.

Vielleicht meint Herr Heinke aber den Krieg in Vietnam?

Dann darf ihm geholfen werden: Dieser Krieg ist entstanden, weil eine reiche und brutale Oberschicht die armen Bauern und Arbeiter Vietnams ausgeblutet hat. Die Amerikaner sind auch nicht wegen einer Überbevölkerung in das Land Vietnam ausgewichen, sondern weil die amerikanische Oberschicht sich auf die Seite der Besitzenden und Mächtigen Vietnams gestellt hat und nicht auf die Seite der Ausgebeuteten und Entrechteten, wie es die amerikanische Geschichte und Unabhängigkeitserklärung eigentlich erfordert hätte.

Meint Herr Heinke den Krieg im Nahen Osten?

Die Israelis und die Araber haben Platz genug!

Und die sogenannte Überbevölkerung?

Sie ist in Indien genauso groß wie in China. Der Unterschied zwischen diesen Ländern besteht darin, daß in Indien Millionen verhungern und krank dahin siechen, während in China alle Menschen satt werden und alle ärztlich betreut werden können, in Indien die Landwirtschaft weit zurück ist, riesige Nutzflächen einfach nicht bebaut werden, weil sie im Besitz einer reichen Oberkaste sind, während in China sich die Produktionsmethoden in den letzten 20 Jahren wesentlich verbessert haben und jeder Flecken nutzbaren Bodens von den Bauern bearbeitet werden kann. (Man hat ausgerechnet, daß mit den jetzt bekannten wissenschaftlichen Methoden 12 Milliarden Menschen auf unserem Planeten gut leben könnten.)

Herr Heinke schribt ... "das ist keine Frage des politischen Systems, sondern der Erziehung."
Man kann natürlich die Massen weiterhin dumm halten wie in Lateinamerika, Indien usw., man kann sie aber auch bilden, wie in China, Kuba usw. Das System scheint wohl doch entscheidend zu sein.

Aber wenden wir uns weiteren Vorstellungen zu: "Für die Rüstung werden seit altersher die größten Anstrengungen unternommen", das ist richtig Herr Heinke. Aber warum verschweigen Sie die Gründe? Warum haben wohl die Krups, Flicks, Thyssens usw. solche Anstrengungen unternommen? Doch wohl nur, weil sie daran verdient haben. Der stellvertretende US-Kriegsminister David Pakard, ist Rüstungsmilliardär.

Herr Heinke meint, erst in jüngster Zeit habe man ergründet, nach welchen Gesetzmäßigkeiten Kriege entstehen. Auch das ist falsch. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg haben die Sozialdemokraten Bebel, Liebknecht und Luxemburg solche Gesetzmäßigkeiten untersucht und sind zu denselben Ergebnissen gekommen wie unsere heutigen Geschichtsforscher: Der Weltkrieg ist entstanden aus den Interessen der Reichen und Besitzenden, die ihren Herrschaftsbereich, ihre Absatzmärkte ausdehnen wollten. Der alte Spruch, den Sie, Herr Heinke, zitieren, "Krieg kommt vom Wörtchen mein und dein" ist doch nicht so einfach vom Tisch zu fegen, aber die "Ursachen sind viel tiefer in der menschlichen Natur begründet" (Hauni-Glocken S. 4), wahrscheinlich so tief, daß keiner sie finden kann, ausgenommen ein Herr Koestler, den Sie, Herr Heinke, so gern zitieren.

Nach Herrn Koestler ist der Mensch "Opfer einiger zufälliger Konstruktionsfehler geworden" .... "vielleicht beim Aufbau des Gehirns".. "Irrtum der Schöpfung" ... "Resultat einer biologischen Funktionsstörung" usw.

Wir wissen nicht aufgrund welcher Entwicklung Herr Koestler zu solchen schwachsinnigen Äußerungen kommt. Aber Herr Koestler kann unmöglich seine eigenen Funktionsstörungen zum Maßstab der menschlichen Entwicklung erheben. Wir wissen, daß der überweigende Teil der Menschheit gegen jeden Krieg eingestellt ist. Wenn es den Reichen immer wieder gelungen ist, die Bevölkerung für ihre profitgierigen Ziele zu gewinnen (Krieg), so liegt es an der Unwissenheit der armen Menschen, die auch wiederum von den Wissenden und Besitzenden verschuldet ist und zu der Sie, Herr Heinke, beitragen mit Ihren Artikeln. Sie wenden sich gegen einseitige Erziehung und geistige Blindheit und produzieren sie doch ständig in den "Hauni-Glocken", denn anders kann man Ihr Gefasel von der Entstehung von Kriegen nicht bezeichnen.

Stille-Nacht, heilige Nacht

Stille Nacht, heilige Nacht!
Weihnachtsgeld wird gebracht
durch Herrn Ruprecht vom Lo-honbüro.
Schweigend geht die Belegschaft aufs Klo,
zählend wieviel Krümmel
gnädig vom Herrentisch gefalln.

Stille Nacht, eilige Nacht!
Falscher Trost, Oh, wie lacht
der Körber mit randvollem Mund,
singt uns gnädig zu göttlicher Stund:
"Arbeitsfriede auf Erden"
Wir fallen wieder drauf rein.

Billige Nacht, eilige Nacht!
Ratenkauf, leichtgemacht
durch der Engel Allelija.
Die gehören zum Werbe-Etat.
Denn der Vater im Himmel
ist Präsident vom Konzern.

Stille Nacht, heilige Nacht!
Lichterbaum angemacht.
Und ein liebliches Liedlein gesingt!
Und ein Eierlikörchen getrinkt!
Und die Kinder geprügelt,
bis sie hübsch andächtig sind.

Gute Nacht, peinliche Nacht,
Fernsehspiel angemacht.
Und im Magen ein flaues Gefühl
weil die Liebe nicht hochkommen will.
Noch zwei Nächte zum Schlafen.
Dann wieder rinn in' Betrieb!

Stille Nacht, heilige Nacht!
Weihnachtsfest rumgebracht.
Großes Gähnen im Portemonnaie.
Überstunden tun immer noch weh.
Falscher Frieden auf Erden
feierten wir mit dem Herrn.

Wilde Nacht, streikende Nacht!
Eines Tages, nicht ganz sacht,
pfeifen wir auf die Gnade des Herrn,
übernehmen mal den Hauni-Konzern
und die Führung im Staate.
DAS WIRD EIN WEIHNACHTSFEST WER'N!!!

Das Kapitalunser

Kapital unser das du bist im Westen
Amortisieret werde deine Investion -
Dein Profit komme
Deine Kurse steigen, wie in Wall Street,
also auch in Europen-
Unser täglich Umsatz gib uns heute--
Und verlängere uns unsere Kredite,
wie wir sie stunden unsern Gläubigern -
Und führe uns nicht in Konkurs,
Sondern erlöse uns von den Gewerkschaften.
Denn Dein ist die halbe Welt und die Macht
und der Reichtum seit zweitausend Jahren.

Mammon.

(R. Oberlercher)

HAUNI - KLIM - BIM

Herausgeber: Arbeitskreis Wirtschaft und Betriebe in der APO Bergedorf

Verantwortlich: Walter Simon, 205 Hamb. 80, Kampchaussee 6-8

Gestaltung: Redaktionskollektiv

Druck: Eigendruck

Der Arbeitskreis Wirtschaft und Betriebe trifft sich jeden Donnerstag um 20 Uhr in den APO-Räumen in der Kampchaussee 6-8. Jedermann ist herzlich willkommen.

Spenden werden auf das Konto Nr. 097/74 738 bei der Hamburger Sparkasse von 1827 erbeten.

Telefonische Auskunft wird unter der Nr. 7 21 61 41 erteilt.